



**Vortrag von Jun.-Prof. Dr. Stefan Wurster,  
am 20. Juli um 16 Uhr, FFU Konferenzraum**

**Titel: Die Energiepolitik der Bundesländer -  
Scheitert die Energiewende am deutschen  
Föderalismus?**

Die Transformation des Energiesystems gilt heute als eine der größten politischen, gesellschaftlichen und technischen Gestaltungsaufgaben in Deutschland. Unter dem Titel ‚Energiewende‘ hat die Bundesregierung 2011 eine energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland eingeleitet mit dem Ziel, bis zum Jahr 2050 ein nachhaltiges Energiesystem zu etablieren (Huß 2015). Um dieses Ziel zu erreichen, sollen neben dem Ausstieg aus der Atomenergie die Treibhausgasemissionen drastisch reduziert und die Energieversorgung weitgehend auf erneuerbare Energien umgestellt werden (BMW 2014). Diese Energiewende findet hierzulande allerdings unter sehr spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen statt. Traditionell wird die deutsche Energiepolitik nämlich stark von den Bundesländern mitgeprägt (Wurster 2010; 2016). Die Ausgestaltung des je eigenen Energiewesens stellt für jede Landesregierung ein wichtiges Betätigungsfeld der regionalen Wirtschaftsförderung und Daseinsvorsorge dar. Darüber hinaus sind die Länder, was übergreifende energiepolitische Aufgaben anbetrifft, in ein komplexes Mehrebenensystem eingebunden (Dagger 2009; Ohlhorst/Tews/Schreurs 2013). Der Erfolg einer deutschen Energiewende hängt somit maßgeblich vom Handeln föderaler Akteure ab. Unklar ist dabei, ob die föderale Zuständigkeitsverteilung die Energiewende in Deutschland eher erleichtert oder erschwert. Im Rahmen des vergleichend angelegten Vortrags sollen sowohl Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Energiepolitiken in den einzelnen Bundesländern in den Blick genommen, als auch der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen die Entwicklungen auf der Bundesländerebene für die Ausgestaltung der gesamtdeutschen Energiewende haben. Neben bemerkenswerten landesspezifischen Unterschieden in der Ausgestaltung der Energiepolitik lassen sich dabei sowohl Chancen als auch Risiken für die weitere energiepolitische Entwicklung identifizieren. Während die föderale Zersplitterung zwar eine Energiewende aus einem Guss verhindert, können landespolitischen „Alleingängen“ durchaus positive Aspekte abgewonnen werden. Neben einer verbesserten Anpassung an die jeweiligen regionalspezifischen Gegebenheiten fungiert die föderale Ebene immer wieder auch als Experimentallabor für innovative Politiklösungen, von dem positive Impulse für eine gesamtstaatliche Entwicklung ausgehen können.